Nehmt eure Geschicke in eigene Hände!

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition an alle Betriebsarbeiter und Gewerkschafter

An alle Gewerkschaftskollegen!

Kollegen! Kolleginnen!

Nachdem die Brüning-Regierung durch die Notverordnungen unsere Löhne und Unterstützungen so geschmälert hat, daß wir heute schon mit unseren Familien ein wahres Hungerdasein führen, geht jetzt die Papen-Schleicher-Regierung daran, den Generalangriff auf die Hungerlöhne und Unterstützungen zu eröffnen.

Noch tiefer die Löhne, Beseitigung des Tariflohnes und Auflockerung der Tarifverträge!

Zerschlagung der Sozialgesetzgebung!

Unternehmerwillkür in den Betrieben!

Das sind die Ziele der Unternehmer.

Die Schuldigen an der Krise stürzen sich auf die Opfer der Krise.

Wir, die wir heute schon nicht mehr wissen, wie wir uns und unsere Familie ernähren sollen, die wir unsere Kinder dahinsiechen sehen, da ihnen das Notwendige zum Leben fehlt, wir sollen erneut Opfer bringen, damit die in Bankrott geratene Kapitalisten, die profitgierigen Bankiers und die durch ihr Luxusleben bis über den Hals verschuldeten Junker sich wieder gesund machen können.

Der Arbeitslohn soll in allen Betrieben weiter abgebaut werden durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Diktate der staatlichen Schlichter zur Senkung des Tariflohns, durch Einstellung von Arbeitern auf Kosten der im Betrieb Beschäftigten, durch Herausnahme sogenannter „notleidender" Betriebe aus den Tarifbestimmungen.

So soll die Unabdingbarkeit der Tariflöhne beseitigt werden. Die Tarife werden ihres Inhalts beraubt, um die Arbeiter in den Betrieben noch mehr der Unternehmerwillkür preiszugeben. **Die Unternehmer hoffen, daß sie durch Vereinbarungen mit den Gewerkschaftsführern, durch Teilnahme der Gewerkschaftsführer an den Schlichtungsberatungen und durch eine kampflose Hinnahme des Lohnabbaus durch die Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften diskreditieren und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter verhindern können.**

So wollen Papen-Regierung, Unternehmer und Großagrarier durch ihre faschistischen Maßnahmen den Arbeitern jene Errungenschaften nehmen, die sie in jahrzehntelangem Kampf erreicht haben. Was wir alle zusammen in opferreicher Arbeit aufgebaut haben, was wir uns im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft selbst im kaiserlichen Deutschland unter der Knute Bismarcks ertrotzten, wie z. B. die Sozialgesetzgebung, alles das soll nach dem Willen der kapitalistischen Ausbeuter vernichtet werden.

Gewerkschaftskollegen!

Auf uns, auf die Mitglieder der Gewerkschaften und auf alle Betriebsarbeiter sehen in diesen Tagen Millionen Werktätige. Wir als Arbeiter in den Betrieben und als Gewerkschaftsmitglieder, die wir an den entscheidenden Punkten des proletarischen Klassenkampfes stehen, sind verpflichtet, der Arbeiterschaft mit leuchtendem Beispiel vorauszugehen und in vorderster Front zu kämpfen.

Heute noch können die Gewerkschaften eine gewaltige Macht sein, die jeden Unternehmerangriff im Bunde mit der Masse der unorganisierten Arbeiter erfolgreich zurückschlägt, wenn ihre Kraft nur eingesetzt wird.

Jeden, auch den kleinsten Angriff auf unsere Löhne und Unterstützungen, auf unsere bescheidenen Rechte müssen wir mit dem Kampf beantworten! Vergeßt nicht: Der Unternehmer kann nur das durchführen, was sich die Arbeiter gefallen lassen! Seht die Kampferfolge in zahlreichen Betrieben Deutschlands nach Veröffentlichung der Notverordnungen.

Ueberall, wo die Arbeitskollegen geschlossen in gemeinsamer Front Widerstand gegen den Lohnabbau geleistet haben, war der Unternehmer gezwungen, einen Rückzug anzutreten.

Seht die leuchtenden Beispiele des Kampfes unserer Gewerkschaftskollegen in Belgien, in der Tschechoslowakei, in Polen und in England.

Ihr seht, daß die Wirtschaftskämpfe in den Zeiten der Krise sehr wohl mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn nur die Kollegen im Betrieb einig zusammenstehen und sich von niemandem zum „Abwarten" oder zur passiven Hinnahme der Unternehmermaßnahmen bewegen lassen.

Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen und die sozialdemokratischen Führer haben in der Vergangenheit der Brüning-Regierung den Raubzug auf die Löhne und Unterstützungen der werktätigen Massen in jeder Beziehung ermöglicht. Sie sagten, und sagen auch heute noch, die Arbeiterschaft könne in der Krise nicht kämpfen, weil Millionen Erwerbslose bereit seien, zu den Unternehmerbedingungen im Betrieb die Arbeit aufzunehmen. Das Gegenteil können wir jedoch feststellen! Bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft in Deutschland und in anderen Ländern sind die Erwerbslosen keine Streikbrecher geworden, sie haben vielmehr die Abwehrkämpfe der Arbeiter stets aktiv unterstützt.

Kollegen! Kolleginnen!

Duldet keinen Pfennig Lohnabbau!

Bereitet sofort den Kampf vor! In der Stunde der Ankündigung irgendeiner Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beschließt sofort Kampfmaßnahmen in der Abteilung und im Betrieb! Wenn die Unternehmer jetzt in erster Linie durch Arbeitszeitverkürzungen den Lohn senken wollen, so

Kämpft für vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen. Keine Stunde weiter arbeiten ohne vorherige Sicherung des Lohnausgleichs.

Vergeßt nie, daß jede Hinnahme von Lohnabbau eine Ermunterung für den Unternehmer zum weiteren Lohnabbau ist und schrittweise zur Auflockerung und Zerschlagung der Tarifverträge führt!

Wenn wir Widerstand leisten wollen gegen jeden Lohnabbau, dann müssen wir aber auch den Kampf vorbereiten. Dazu schlagen wir vor, daß in jedem Betrieb die Kollegen die aktivsten und besten Funktionäre schon jetzt als ihre Kampfführung wählen. Dadurch können wir rechtzeitig die Kollegen in jeder Abteilung auf den Kampf vorbereiten, damit in der Stunde der Ankündigung der Unternehmermaßnahmen die Belegschaft gerüstet ist zum sofortigen, gemeinsamen Kampf.

Deshalb bildet auch überall Einheitsausschüsse oder Lohnkommissionen oder Kampfausschüsse zur Herstellung der Kampfeinheit der Belegschaft!

So kommen wir auch die Wiederholung eines 20. Juli verhindern. Damals nannte die Gewerkschaftsleitung jene Kollegen, die für den Generalstreik eintraten, „Provokateure" und verhinderte auf die „Entscheidung" am 21. Juli und den Staatsgerichtshof. Dadurch wurde Papen direkt ermuntert zu jenen Notverordnungen, mit denen heute alle Arbeiter, auch die Gewerkschaftsbeamten, gepeitscht werden. Heute versuchen in ähnlicher Weise die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Kollegen zu bewegen, den Lohnabbau hinzunehmen mit der Vertröstung auf die Stimmzettelabgabe zu einem „Volksentscheid" im nächsten Jahre, nach dem sich selbstverständlich die kapitalistische Regierung ebensowenig richten wird, wie nach dem Reichstagsbeschluß auf Aufhebung der Notverordnung.

Deshalb liegt die größte Verantwortung bei den Kollegen in jeder Betriebsabteilung, in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle.

Nehmt eure Geschicke in eure eigenen Hände!

Kämpft in gemeinsamer Front gegen Kapitalsoffensive und Faschismus!

Macht Schluß mit der Notverordnungspolitik!

Macht Schluß mit dem Lohn- und Unterstützungsabbau!

Macht Schluß mit faschistischer Unterdrückung und Knechtung!

Es lebe die Einheitsfront aller Arbeiter im Kampf gegen Lohnraub, Unterstützungsraub und Faschismus!

Reichskomitee der RGO.

Kampf gegen Lohnraub

Berlin, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Belegschaft der Mifeo, Berlin, ein Metallbetrieb mit 500 Arbeitern, ist gestern geschlossen in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den Versuch der Direktion, die Tariflöhne für die 21.—40. Wochenarbeitsstunde auf Grund der Papen-Notverordnung um 50 Prozent zu kürzen. Die Belegschaft ist entschlossen, auf keinen Fall den notverordneten Lohnabbau hinzunehmen.

Elbeschiffer streiken

Dresden, 19. September.

Bei den Wasserbauarbeiten auf der Elbe in Rosenfeld im Torgauer Landkreis fahren seit Sonnabend die Schiffer nicht mehr. Der Streik wird durchgeführt, weil der Unternehmer den Schiffern statt 56 Pfennig Stundenlohn nur noch 52 Pfennig zahlen will. Alle Elbeschiffer müssen mit ihren streikenden Kollegen Solidarität üben!

Streikwille siegt

Die Belegschaft des Großbetriebes Stock, Marienfelde, hat einen vollen Sieg im Kampf gegen den Lohnabbau zu verzeichnen. Nachdem die Belegschaft bereits am Sonnabend gegen den angekündigten Lohnabbau in passive Resistenz getreten war, wurde gestern vormittag mit überwältigender Mehrheit durch Urabstimmung der Streik beschlossen. Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsresultates ließ die Direktion erklären, daß sie ihren geplanten Lohnabbau nicht durchführen werde.

Sturm gegen Sondergerichte!

Massendemonstration Berliner Arbeiter gegen die Klassenjustiz. Antifaschistenprozeß vor dem Sonderrichter beweist die Blutschuld der Nazis

Berlin, 21. September (Eig. Drahtb.)

Gestern kam es bei der Eröffnung der Sondergerichtsverhandlung gegen neun antifaschistische Jungarbeiter vor dem Gerichtsgebäude in Moabit zu großen Arbeiterdemonstrationen. Das Acht-Uhr-Abendblatt berichtet darüber:

„Es handelte sich um eine richtige Massendemonstration gegen die Sondergerichte, denn es hatte sich in der Turmstraße eine riesige Menschenmenge eingefunden, die von der Polizei nicht zerstreut werden konnte. Als das Gerichtsgebäude in weitem Umkreis schließlich abgesperrt worden war, sammelte sich immer wieder an dem anderen Ende der Absperrungskette eine Menschenmenge an. Rufe wurden laut: „Nieder mit den Sondergerichten!" — „Heraus mit den politischen Gefangenen!" — „Es lebe die Weltrevolution!"

Schon der erste Verhandlungstag erhärtete die Vermutung, daß der Nationalsozialist **Gatschke von seinen eigenen Parteifreunden niedergeschossen wurde.** Sämtliche Angeklagten versicherten übereinstimmend und durchaus glaubhaft, daß sie nicht das geringste mit der Nazischießerei zu tun hatten. Was sich am 29. August in der Röntgenstraße ereignet hat, schildert überzeugend der als „Rädelsführer" angeklagte Genosse Werner Calm. Seinen bestimmten Aussagen wird von allen im Gerichtssaal Anwesenden die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Calm erklärt, daß er die ihm durch die Anklage zur Last gelegte Tat ablehne.

Genosse Calm wies auf die zahllosen Blutaten des Mordsturms 33 hin, der in der Zeit von zwei Jahren allein in Charlottenburg drei Arbeiter ermordet habe. Dieser Nazisturm ist der Urheber aller Ueberfälle, Mordtaten und Schießereien in Charlottenburg.

Die Mitglieder seiner Schutzstaffel hatte Calm immer gewarnt, sich von den Nazis nicht provozieren zu lassen, hat sie aber aufgefordert, mit ganzer Kraft unter der werktätigen Bevölkerung **für die Antifaschistische Aktion** zu werben.

Am 29. August hat im Lokal Willmann in der Galvanistraße eine Sitzung der neugegründeten Schutzstaffel Röntgenstraße stattgefunden. Mit Entschiedenheit weist Calm die Unschuldigung zurück, diese Sitzung hätte dazu gedient, den Ueberfall in der Röntgenstraße vorzubereiten. Am Nachmittag war bereits ein Arbeiter in der Röntgenstraße von den Nazis niedergeschlagen worden. Deshalb sorgte Calm dafür, daß die Genossen, die in der Röntgenstraße wohnten, abgeholt und wieder nach Hause gebracht wurden. Als sie gegen 22.30 Uhr in die Röntgenstraße einbogen, wurden sie aus dem Haus, in dem sich das SA.-Lokal befindet, beschossen.

Die Anklage entspreche in keiner Weise den Tatsachen. Die Zeugen, die sie der Polizei angegeben hätten, seien nicht verfolgt worden. Alle übrigen Zeugen bestätigen die Aussagen Werner Calms.

Diese Aussagen unserer Genossen wurden auch durch den Schießsachverständigen des Gerichts — Professor Brüning — bestätigt. Professor Brüning erklärt, daß nur gegenüber dem Nazilokal Einschüsse gefunden werden konnten. Die Schüsse wurden aus dem Haus des Nazilokals in der Richtung auf die Straße abgegeben, aus der die Kommunisten kamen.

Auch der Wirt des Nazilokals muß indirekt zugeben, daß aus seinem Lokal geschossen wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er etwas von der Schießerei gehört habe, sucht der dieser Nazi-Wirt mit folgenden Bemerkungen herauszureden: „Das kann ich nicht bekunden, denn ich saß mit dem Rücken zu meinen Gästen." —

Diese Feststellung des ersten Verhandlungstages läßt die ganze Anklage schon jetzt zusammenbrechen. Das geht deutlich auch aus der Stellung der bürgerlichen Zeitungen hervor, die schreiben, daß die Frage, wer geschossen habe, noch völlig offen sei. Dieser Prozeß wird für die deutsche Arbeiteröffentlichkeit die verbrecherische Blutschuld der Nazis erneut unter Beweis stellen, aber das Klassengericht wird den Kopf der Überfallenen Antifaschisten fordern! Organisiert deshalb überall den Proteststurm gegen die Sondergerichte, fordert die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen, kämpft mit der Roten Hilfe gegen Justizterror und rettet die neun Berliner Genossen vor der Todesstrafe!

Alle Proteste, Resolutionen, Telegramme usw. sind zu richten an: 1. Sondergericht beim Landgericht 1, Berlin-Moabit.

Lohnraub bei den Breslauer Textil[illegible]

Die Firma **Schwerin-Söhne-AG** in **Breslau** hat durch Neueinstellung den Lohn der bei ihr beschäftigten Textilarbeiter von 47,9 auf 38,3 Pfennig herabgesetzt. Diese Maßnahme eines Breslauer Textilbarons wird gar bald ein vielfaches Beispiel finden.

Die Textilarbeiter müssen gegenüber den Lohnabbaumaßnahmen der Industriellen **Kampfmaßnahmen** ergreifen!

Glanzstoff-AG Tannenberg macht mobil

Sehr gut besuchte Schichtversammlungen fanden in vergangener Woche in der Glanzstoff-AG Tannenberg statt. Einmütig wurde beschlossen, daß die Belegschaft gegen jeden weiteren Lohnraub und für die Wiederherstellung der Löhne wie vor dem 1. Januar 1932 kämpfen müsse. Ein 15köpfiger Kampfausschuß wurde gewählt und eine Kampfentschließung angenommen. Des weiteren wurden 18 Kollegen und Kolleginnen zu der Frauenkonferenz der Antifaschistischen Konferenz gewählt.

Was hilft euch gegen den Lohnabbau?

Sofortiger Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau — wie die Kommunisten vorschlagen,

oder

Warten auf die „Volksentscheids"-Abstimmung der SPD. — die vielleicht im September 1933 stattfindet?

Laßt euch nicht in Verwirrung bringen durch das „Volksentscheid"-Manöver der SPD.!

In roter Einheitsfront kämpft gegen jeden Lohnabbau!

Wie kommen wir zur roten Einheitsfront?

Darüber spricht Genosse Oettinghaus

der langjährige Vorsitzende der SPD von Hagen-Westfalen (Süd) und Bevollmächtigte des DMV Gevelsberg, der jetzt in den Reihen der Kommunistischen Partei kämpft

Die gestrige Volkszeitung versucht ihn auf die schmutzigste Weise zu verleumden, indem sie behauptet, Genosse Oettinghaus habe von einer Hypothek des DMV eigenmächtig Gelder abgezweigt. Die Verleumder werden aufgefordert, für diese Behauptung gerade zu stehen, wenn Genosse Oettinghaus

am Donnerstag, 22. Sept., im Keglerheim

zu den Dresdner Arbeitern spricht. An alle Arbeiter, vor allem auch an die SPD-Arbeiter richten wir den Appell:

Heraus in Massen!